



**Vertrag**  
**Stromlieferung**

zwischen

**DAK-Gesundheit**

Nagelsweg 27-31  
20097 Hamburg

- im Folgenden „DAK-G“ genannt -

und

---

---

---

- im Folgenden „Auftragnehmer“ genannt -

## § 1 - Liefer-, Abnahmeverpflichtung und Eigenversorgung

- (1) Der Auftragnehmer stellt die Stromversorgung für die bundesweiten Dienststellen der DAK-G sowie die im Eigentum befindlichen Liegenschaften in Balingen, Bad Segeberg (DAK-Akademie) und für den Standort Nagelsweg, 20097 Hamburg, sicher.
- (2) Der Stromliefervertrag ist ein Kaufvertrag über elektrische Energie sowie notwendiger begleitender Leistungen. Er versteht sich incl. der notwendigen Netznutzung und Messung sowie Abrechnung, die dem Teilnehmer nach den aktuell veröffentlichten und genehmigten Tarifen des jeweiligen Versorgungsnetzbetreibers gesondert ausgewiesen in Rechnung zu stellen ist. Einzelheiten zu Art, Umfang und Inhalt der Leistung ergeben sich aus der **Leistungsbeschreibung** und **ihren Anhängen** sowie dem **Preisblatt**.
- (3) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die Abnahmestellen ab dem 01.01.2027 mit elektrischer Energie nach Maßgabe dieses Vertrages zu versorgen. Abweichend zum regulären Vertragsbeginn (01.01.2027) kann die Versorgung einzelner Standorte zu einem späteren Zeitpunkt je nach z.B. Kündigungsfrist, Ummeldedauer beim bisherigen Versorger einsetzen. Die erforderliche Ummeldung aller Abnahmestellen hat innerhalb von 6 Wochen nach Zuschlagserteilung durch den neuen Versorger (Auftragnehmer) zu erfolgen. Aufgrund der Abhängigkeit der Zuarbeit der lokal zuständigen Netzbetreiber und dem geplanten Vertragsbeginn sollte der Ummeldevorgang bis spätestens 01.11.2026 abgeschlossen sein. Die Menge der abgenommenen elektrischen Energie richtet sich nach dem tatsächlichen Bedarf der DAK-G bzw. ihrer Abnahmestellen.
- (4) Der Auftragnehmer hat dazu auf Basis des Energiewirtschaftsgesetzes mit allen betroffenen Netzbetreibern die erforderlichen Vereinbarungen zur Sicherstellung von Durchleitungsrechten und Systemdienstleistungen, die zur Erfüllung dieses Vertrages notwendig sind, zu treffen. Der Auftragnehmer hat die Zahlungen an die örtlichen Netzbetreiber fristgerecht vorzunehmen. Sofern Netzbetreiber die Stromabschaltung wegen eines Zahlungsverzuges einer Dienststelle der DAK-G androhen oder durchführen, ist die DAK-G berechtigt, nach den gesetzlichen Bestimmungen Ersatz des ihr entstandenen Schadens geltend zu machen.
- (5) Der Abschluss von Netzanschluss- oder von Netzanschlussnutzungsverträgen obliegt der DAK-G, soweit dies erforderlich ist und nicht aufgrund der Niederspannungsanschlussverordnung (NSAV) entbehrlich ist. Dieser Absatz gilt nur für Gebäude im Eigentum der DAK-G. Netzanschluss und Netzanschlussverträge werden zwischen Eigentümer und Netzversorger geschlossen. Bei Mietobjekten unterstützt die DAK-G bei der Kontaktaufnahme mit dem Eigentümer sofern in diesem Kontext notwendig.
- (6) Die DAK-G ist befugt, die in der Leistungsbeschreibung und ihren Anhängen genannten Abnahmestellen zu ändern, wenn weitere Abnahmestellen hinzukommen oder bestehende Abnahmestellen, z. B. durch Stilllegung, Abmietung oder Veräußerung, wegfallen. Die DAK-G teilt dem Auftragnehmer zeitnah vor Beginn der Belieferung mit elektrischer Energie die technischen und die wirtschaftlichen Daten sowie den jeweiligen Lieferbeginn für die neuen Abnahmestellen schriftlich mit. Der Auftragnehmer kann die Belieferung neuer Abnahmestellen nur verweigern, wenn ihm die Belieferung wirtschaftlich unzumutbar wäre. Fallen Abnahmestellen weg, informiert die DAK-G den Auftragnehmer schriftlich und zeitnah vor Beendigung des Strombezugs hierüber; eine Preisanpassung erfolgt in diesem Fall nicht.
- (7) Neu hinzukommende Abnahmestellen der DAK-G werden nach den Konditionen des Stromliefervertrages mitversorgt, sofern das bei Vertragsbeginn gemäß Lieferstellenliste (Anhänge zur Leistungsbeschreibung) vorgegebene kWh-Volumen aller Abnahmestellen hierdurch um nicht mehr als die vom Auftragnehmer zugesicherte Mehrmenge überschritten wird. Führt das kWh-Volumen der hinzukommenden Abnahmestelle zu einer Überschreitung des bei Vertragsbeginn

## Vertrag

gemäß Lieferstellenliste vorgegebenen kWh-Volumens aller Abnahmestellen um mehr als die Mehrmenge, setzen Auftragnehmer und DAK-G das Versorgungsentgelt dieser Abnahmestellen entsprechend der Börsenpreissituation einvernehmlich fest.

- (8) Der Auftragnehmer erklärt sich bereit, auf Verlangen für einzelne Abnahmestellen auch höhere Leistungen bereitzustellen. Bei einer Erhöhung der bereitgestellten Leistung über den technisch möglichen Rahmen des Netzanschlusses hinaus obliegt es der DAK-G die entsprechenden Klärungen mit dem Netzbetreiber vorzunehmen. Dies gilt auch für den Abschluss oder die Änderung eines Netzanschlussvertrages oder eines Netzanschlussnutzungsvertrages.
- (9) Die DAK-G ist berechtigt, bestehende oder in Planung befindliche Eigenerzeugungsanlagen zu betreiben und ihren Strombedarf daraus zeitweise ganz oder teilweise zu decken. Während der Vertragslaufzeit wird die DAK-G die erstmalige Inbetriebnahme einer neuen oder vorhandenen Eigenerzeugungsanlage unter Angabe von Standort und Leistung dem Auftragnehmer rechtzeitig, mindestens einen Monat im Voraus, bekannt geben. Änderung des Standortes oder der Leistung der Eigenerzeugungsanlage wird die DAK-G dem Auftragnehmer rechtzeitig, mindestens einen Monat im Voraus, bekannt geben.
- (10) Als Abnahmestelle gilt die Eigentumsgrenze zwischen dem Netz des örtlichen Netzbetreibers und der jeweiligen Abnehmeranlage. Die Einspeisung erfolgt für die Abnahmestellen jeweils auf der Versorgungsspannungsebene. Die Stromart ist Dreh-/Wechselstrom mit einer Nennfrequenz von 50 Hz.
- (11) Die DAK-G und die jeweiligen Netzbetreiber als Vertragspartner des Auftragnehmers sind berechtigt, die Grundstücke zum Betrieb und zur Instandhaltung der notwendigen Anschluss- und Systemeinrichtungen bis zur entsprechenden Lieferstelle zu betreten und kostenlos zu nutzen. Dieses Recht entfällt, wenn die Inanspruchnahme der Grundstücke die DAK-G mehr als notwendig oder in unzumutbarer Weise belastet.
- (12) Der Auftragnehmer kann sich zur Erfüllung seiner vertraglichen Pflichten, insbesondere hinsichtlich der Netzinanspruchnahme und sonstiger Netzdienstleistungen, Dritter als Erfüllungshelfen bedienen.
- (13) Die DAK-G erteilt dem Auftragnehmer nach Zuschlagserteilung eine Vollmacht zur Kündigung der bestehenden Stromlieferverträge für die jeweiligen Abnahmestellen gegenüber dem bisherigen Versorger im Namen der DAK-G (vgl. anliegendes Muster). Diese Vollmacht wird gegenüber dem Auftragnehmer erst mit Vertragsbeginn durch Übersendung der durch die DAK-G ausgefüllten und unterzeichneten Vollmacht rechtswirksam.
- (14) Beide Vertragsparteien verpflichten sich, die Rechte und Pflichten aus diesem Vertrag ihrem jeweiligen Rechtsnachfolger aufzuerlegen, mit der Maßgabe, diese auch jedem weiteren Rechtsnachfolger aufzuerlegen.
- (15) Für die Leistungserbringung verantwortliche Ansprechpartner sind folgende Personen:

Für die DAK-G (wird nach Zuschlag ergänzt):

\_\_\_\_\_ - Tel.: \_\_\_\_\_

Für den Auftragnehmer:

\_\_\_\_\_ - Tel.: \_\_\_\_\_

Der Auftragnehmer stellt der DAK-Gesundheit einen zentralen Key-Account während der gesamten Vertragslaufzeit zur Verfügung.

## **Vertrag**

Der Key-Account ist zu den üblichen Geschäftszeiten von Montag bis Freitag zwischen 09:00 und 17:00 Uhr erreichbar.

Der Auftragnehmer führt die Tätigkeit mit größter Sorgfalt und unter Beachtung allgemeiner branchenspezifischer Grundsätze sowie unter Beachtung aller einschlägigen, allgemein anerkannten betriebswirtschaftlichen und fachlichen Grundsätze und ggf. technischen Regeln bezogen auf die individuelle Situation der DAK-Gesundheit aus. Fachliche Vorgaben und das Corporate Design der DAK-Gesundheit sind stets einzuhalten.

Die eingesetzten Mitarbeiter beherrschen die deutsche Sprache fließend in Wort und Schrift.

- (16) Der Auftragnehmer stellt in seinem Unternehmen eine termingerechte Ausführung der Leistung sicher. Behinderungen im Betrieb des Auftragnehmers durch höhere Gewalt, Streik, rechtlich zulässige Aussperrungen oder andere vom Auftragnehmer nicht zu vertretende Umstände berechtigen ihn nicht zum Rücktritt vom Vertrag. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, entsprechende Hinderungsgründe unverzüglich der DAK-G mitzuteilen.
- (17) Der Auftragnehmer stimmt sich eng mit der DAK-G ab. Die Vertragsparteien sind verpflichtet, sich gegenseitig unverzüglich über Fehler, Unregelmäßigkeiten und/oder drohende Verzögerungen bei der Auftragsabwicklung zu informieren. Sie informieren sich unverzüglich wechselseitig über alle Umstände, die im Verlauf der Vertragserfüllung auftreten und die Bearbeitung beeinflussen können. Auf Anforderung der DAK-G erteilt der Auftragnehmer Auskunft über den Stand der Auftragsausführung.

### **§ 1a Leistungsänderung**

- (1) Der Auftragnehmer trägt Änderungsverlangen der DAK-Gesundheit Rechnung, sofern ihm dies im Rahmen seiner betrieblichen Kapazitäten, insbesondere hinsichtlich des Aufwandes und der Zeitplanung zumutbar ist.
- (2) Soweit sich die Änderungsverlangen auf die Vertragsbedingungen auswirken, insbesondere auf den Aufwand des Auftragnehmers oder den Zeitplan, vereinbaren die Vertragsparteien schriftlich eine angemessene Anpassung der Vertragsbedingungen, insbesondere die Verschiebung vereinbarter Termine sowie ggf. der Vergütung. Soweit nichts anderes vereinbart ist, führt der Auftragnehmer die Arbeiten bis zur Vertragsanpassung ohne Berücksichtigung der Änderungswünsche durch.
- (3) Eine Weiterentwicklung/Anpassung der Leistungen seitens des Auftragnehmers muss während der Vertragslaufzeit gewährleistet sein.

### **§ 2 – Messung**

- (1) An den Abnahmestellen wird jeweils mittels geeichter Messeinrichtungen gemessen. Sofern keine Messeinrichtungen installiert sind, wirken die Parteien auf die Installation von Messsystemen beim Messstellenbetreiber nach dem Messstellenbetriebsgesetz (MsbG) hin. Ergibt ein Nachprüfen der Messeinrichtung ein Überschreiten der gesetzlichen Verkehrsfehlergrenzen oder werden Fehler an der Messeinrichtung (Defekte, Anschlussfehler usw.) oder in der Ermittlung der gelieferten Energie (z.B. falscher Faktor) festgestellt, so wird der zu viel oder zu wenig berechnete Betrag erstattet bzw. nachentrichtet. Ist die Höhe des Fehlers nicht einwandfrei festzustellen oder zeigt eine Messeinrichtung nicht an, so ermittelt der Auftragnehmer den Verbrauch seit der letzten fehlerfreien Ablesung anhand des jeweiligen Durchschnittsverbrauchs der vorangegangenen zwei Ablesezeiträume.

- (2) Ansprüche nach § 2 Abs. 2 sind auf den der Feststellung des Fehlers vorhergehenden Ablesezeitraum beschränkt, es sei denn die Auswirkung des Fehlers kann über einen größeren Zeitraum festgestellt werden; in diesem Fall ist der Anspruch auf längstens drei Jahre beschränkt.
- (3) Im Übrigen unterliegen die Messeinrichtungen den Regelungen der Verordnung über den Zugang zu Elektrizitätsversorgungsnetzen (StromNZV) und der Verordnung über Allgemeine Bedingungen für den Netzanschluss und dessen Nutzung für die Elektrizitätsversorgung in Niederspannung (NAV).

### § 3 – Nachunternehmer und Erfüllungsgehilfen

- (1) Der Auftragnehmer kann sich zur Erfüllung seiner vertraglichen Pflichten, insbesondere hinsichtlich der Netzinanspruchnahme und sonstiger Netzdienstleistungen, Dritter als Erfüllungsgehilfen bedienen. Für diese gelten die vertraglichen Bedingungen, insbesondere Vertraulichkeitsklausel, Bestimmungen zum Datenschutz, Einhaltung Mindestlohnzahlung etc. gleichermaßen.
- (2) Der Auftragnehmer hat die Unterauftragnehmer einzusetzen, die er in seinem Angebot einschließlich der Art und des Umfangs der Leistung, die dem Unterauftragnehmer übergeben werden soll, benannt hat. Diese Angaben sind Bestandteil des Angebots.
- (3) Die nachträgliche Einschaltung von Nachunternehmern sowie jeder Wechsel von Nachunternehmern ist nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung der DAK-Gesundheit zulässig. Der Auftragnehmer muss der DAK-Gesundheit den beabsichtigten Einsatz bzw. Wechsel spätestens zwei Wochen vor dem geplanten Einsatz schriftlich unter Darlegung der Gründe und dem Nachweis der Eignung der Nachunternehmer anzeigen. Die DAK-Gesundheit entscheidet anschließend über den Einsatz des Nachunternehmers bzw. dessen Mitarbeitern.

### § 4 – Vergütung/Preisgestaltung

- (1) Die Preise berechnen sich nach den Vorgaben zur Beschaffung im Rahmen des strukturierten Beschaffungs-/Terminmarktmodells entsprechend der Vorgaben innerhalb der Leistungsbeschreibung zzgl. des im Preisblatt verbindlich angebotenen Lieferanten-Agio für den jeweiligen Zeitraum. Die Vorgaben der Leistungsbeschreibung zur Beschaffung, einschließlich der Regelungen zu Bonus-Malus sind während der gesamten Vertragslaufzeit einzuhalten.
- (2) Die Arbeitspreise für Energielieferung enthalten noch **nicht:**
  - die Kosten für die Netznutzung, einschließlich der Kosten für Messung und Abrechnung durch den Netzbetreiber,
  - Umlage gemäß § 19 Absatz 2 Stromnetzentgeltverordnung (StromNEV),
  - Offshore-Haftungsumlage gemäß § 17f Energiewirtschaftsgesetz (EnWG),
  - die Konzessionsabgaben (KAV),
  - eventuell anfallende Blindarbeitskosten,
  - die EEG-Umlage und die Aufschläge gemäß KWKG,
  - Umlage nach § 18 AbLaV,
  - die Stromsteuer,
  - die Umsatzsteuer.

Diese Kostenbestandteile werden durch den Auftragnehmer zusätzlich in der jeweils tatsächlich geltenden Höhe erhoben und sind bei der Rechnungslegung gesondert auszuweisen. Insofern sind für die Weitergabe der Netznutzungskosten an die DAK-G die tatsächlich dem Auftragnehmer durch den zuständigen Netzbetreiber berechneten Netznutzungsentgelte maßgeblich (Weiterreichung 1:1). Entsprechendes gilt für die sonstigen unter § 3 Abs. 2 fallenden Kostenbestandteile.

- (3) Die Preise für die Bereitstellung und Lieferung der elektrischen Energie verstehen sich frei Übergabestelle.
- (4) Mit der Zahlung der vereinbarten Vergütung sind insbesondere sämtliche Leistungen, Umlagen, Abgaben, Kosten und sonstigen Aufwendungen abgegolten. Die Zahlung der Entgelte für die Netznutzung obliegt ausschließlich dem Auftragnehmer. Die Netznutzungsentgelte beinhalten sämtliche damit im Zusammenhang stehenden Leistungen, wie z.B. Arbeits-, Leistungs- und Messentgelte, Entgelte für Systemdienstleistungen, Übertragungsverluste sowie Abweichungen von Fahrplänen. Über etwaige Zahlungsrückstände des AN beim Netzbetreiber hat der AN die DAK-G unverzüglich zu informieren. Gleiches gilt auch für die Zuschläge gemäß EEG (Erneuerbare Energien-Gesetz) und KWKG (Gesetz für die Erhaltung, die Modernisierung und den Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung).
- (5) Werden die Leistungen dieses Vertrages mit weiteren Steuern, Abgaben oder sonstigen die jeweilige Leistung unmittelbar betreffenden hoheitlich auferlegten Belastungen belegt oder ändert sich die Höhe einer der genannten Belastungen gemäß den vorstehenden Absätzen 2 – 4 ist die DAK-G nach Bekanntwerden der neuen Belastung oder der Preisveränderungen unverzüglich schriftlich zu informieren. Erst nach erfolgter Information der DAK-G ist der Auftragnehmer berechtigt, Erhöhungen mit Inkrafttreten der betreffenden Regelung an die DAK-G in der jeweils gültigen Höhe weiterzugeben, soweit die jeweilige Regelung dem nicht entgegensteht. Bei Wegfall oder Absenkung ist der Auftragnehmer zu einer unverzüglichen Weitergabe der Entlastung an die DAK-G verpflichtet.
- (6) Die Erfassung und Abrechnung der Blindarbeit erfolgt zwischen dem Netzbetreiber und dem Auftragnehmer. Sofern der jeweilige Netzbetreiber aufgrund seiner Blindstromregelung und der dort festgelegten Freigrenzen einen Anspruch auf Vergütung geltend macht, können die Blindstromkosten der DAK-G in Rechnung gestellt werden.
- (7) Die Strombeschaffung erfolgt vertragsgemäß über standardisierte Jahres- und Quartalsfutures der European Energy Exchange (EEX) für das Marktgebiet Deutschland (gemäß Ziffer 2.4 der Leistungsbeschreibung). Grundlage ist die zwischen den Parteien vereinbarte Prognosemenge. Für den ersten Lieferzeitraum (Kalenderjahr 2027) bemisst sich diese nach der Prognosemenge gemäß Leistungsbeschreibung und für die darauffolgenden Lieferzeiträume (gem. 2.4.3 Leistungsbeschreibung) nach dem Verbrauch des jeweils vorausgegangenen Lieferzeitraums.
- (8) Abweichungen der tatsächlich entnommenen elektrischen Arbeit von der vereinbarten Prognosemenge je Lieferjahr gelten innerhalb eines Toleranzbandes von  $\pm 10\%$  als vertragsgemäß. Mengen innerhalb dieses Bandes sind mit dem vereinbarten Terminpreis abgegolten.
- (9) Übersteigt die tatsächliche Entnahme die Obergrenze des Toleranzbandes, gilt die darüberhinausgehende Energiemenge als Mehrmenge. Mehrmengen werden je Lieferjahr zum arithmetischen Mittelwert der jeweiligen Stundenpreise des Day-Ahead-Marktes der EPEX SPOT für das Marktgebiet Deutschland abgerechnet, zuzüglich des im Preisblatt anzugebenden und damit vereinbarten Aufschlags für z.B. Strukturierungs- und Beschaffungsrisiken in €/MWh.
- (10) Unterschreitet die tatsächliche Entnahme die Untergrenze des Toleranzbandes, gilt die Differenz als Mindermenge. Mindermengen werden der DAK-G je Lieferjahr zum arithmetischen Mittelwert der jeweiligen Stundenpreise des Day-Ahead-Marktes der EPEX SPOT für das Marktgebiet Deutschland vergütet, abzüglich des im Preisblatt anzugebenden und damit vereinbarten Abschlags für z.B. Vermarktungs- und Ausgleichsrisiken am SPOT- bzw. Ausgleichsenergiemarkt in €/MWh.
- (11) Soweit die tatsächliche Entnahme von der Prognosemenge abweicht, besteht kein physischer Rückabwicklungsanspruch hinsichtlich der über die European Energy Exchange (EEX) beschafften Futures. Der wirtschaftliche Ausgleich erfolgt ausschließlich über die in den Absätzen (9) und (10) geregelte Spotmarktabrechnung.

- (12) Die Ermittlung der Mehr- und Mindermengen erfolgt saldiert je Lieferjahr (gemäß Ziffer 2.4.3 der Leistungsbeschreibung).

## **§ 5 – Steuerklausel**

Soweit künftig weitere Energiesteuern, eine CO<sub>2</sub>-Steuer oder sonstige die Beschaffung, Übertragung, Verteilung, Durchleitung, Netznutzung oder sonstige den Verbrauch von elektrischer Energie belastende Steuern, öffentliche Abgaben irgendwelcher Art oder sonstige sich aus gesetzlichen Bestimmungen ergebende, die Beschaffung, Übertragung, Verteilung, Durchleitung, Netznutzung oder den Verbrauch von elektrischer Energie betreffende Belastungen wirksam werden sollten, werden diese in der jeweiligen Höhe von der DAK-G getragen.

## **§ 6 – Rechnungs- und Zahlungsbedingungen, Abrechnung**

- (1) Abrechnungszeitraum ist der entsprechende Lieferzeitraum gem. 2.4.3 der Leistungsbeschreibung.
- (2) Die DAK-G kann dem Auftragnehmer für jede Abnahmestelle gemäß **Leistungsbeschreibung bzw. Ihren Anhängen** einen von der DAK-G abweichenden Rechnungsempfänger benennen.

Diese lauten wie folgt:

Bildungseinrichtung DAK-Akademie:  
DAK-Gesundheit  
Akademie Bad Segeberg (4610 00)  
Kastanienweg 4  
23795 Bad Segeberg

Zentrale:  
DAK-Gesundheit  
Geschäftsbereich IT/ Infrastruktur (0073 30)  
Nagelsweg 27-31  
20097 Hamburg

Für alle übrigen Dienststellen / Standorte:  
DAK-Gesundheit  
Geschäftsbereich IT/ Infrastruktur (0073 20)  
Nagelsweg 27-31  
20097 Hamburg

- (3) Wird kein abweichender Rechnungsempfänger benannt, erfolgt die Abrechnung gegenüber der DAK-G, und zwar an folgende Adresse:

DAK-Gesundheit  
Finanzabteilung (0022 10)  
Postfach 1014 44  
20009 Hamburg.

- (4) Für Abnahmestellen, die monatlich vom Netzbetreiber abgelesen werden (registrierende Leistungsmessung), ist jeweils eine monatliche Rechnung auf der Grundlage der monatlich gemessenen Verbrauchsdaten zu erteilen. Zählerstandsdaten sind, soweit vom Netzbetreiber an den Auftragnehmer weitergegeben, ebenfalls auf der Rechnung anzugeben. Ebenfalls sind die Zählernummern inkl. Zählpunktnummer auf der Rechnung zwingend anzugeben.
- (5) Für Abnahmestellen, die jährlich vom Netzbetreiber abgelesen werden (Standardlastprofil), ist jeweils eine Jahresrechnung bezogen auf das Rechnungsjahr zu erteilen. Die DAK-G zahlt monatliche Abschlagsbeträge auf Grundlage der Vorjahresverbrauchswerte. Hiervon abweichende Abschlagszeiträume (zweimonatlich oder vierteljährlich) sind mit Zustimmung der DAK-G möglich. Abschlagsanforderungen, wie auch Rechnungen sind je nach Zeitraum der Anforderung in Form von Listen, in einem von der DAK-G noch festzulegenden Format, zu übergeben. Für die Jahresrechnung werden die Ablesedaten des Netzbetreibers verwendet. Liegen diese nicht für das Ende des Rechnungsjahres vor, ist eine Abschätzung entsprechend den üblichen Regelungen vorzunehmen. Werden von der DAK-G Ablesedaten zur Verfügung gestellt, sind diese anstatt der abgeschätzten Werte zu verwenden.
- (6) Die Fälligkeit tritt jeweils 30 Werktage nach Rechnungseingang ein. Die Zahlung hat gebührenfrei und ohne jeden Abzug auf ein Konto des Auftragnehmers zu erfolgen. Ergibt die endgültige Abrechnung Rückzahlungsansprüche der DAK-G, so sind diese 30 Werktage nach Rechnungseingang gebührenfrei ohne jeden Abzug zu überweisen. Die DAK-G wird die dazu erforderlichen Angaben übermitteln.

### (7) SEPA-Lastschriftmandat

Der Zahlungspflichtige ermächtigt den Zahlungsempfänger, Zahlungen aus diesem Vertragsverhältnis mittels SEPA-Lastschrift von seinem unten angegebenen Konto einzuziehen. Zugleich weist der Zahlungspflichtige sein Kreditinstitut an, die vom Zahlungsempfänger auf sein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Der Zahlungspflichtige kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit seinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Gläubiger-Identifikationsnummer: [wird separat mitgeteilt]

Mandatsreferenz: [wird separat mitgeteilt]

Die Vorabankündigung (Pre-Notification) über den Einzug der SEPA-Lastschrift erfolgt mindestens 5 Kalendertage vor dem jeweiligen Fälligkeitstermin, sofern im Einzelfall keine kürzere Frist vereinbart wird. Sollte eine Lastschrift mangels ausreichender Kontodeckung, aufgrund fehlerhafter Angaben oder aus anderen vom Zahlungspflichtigen zu vertretenden Gründen nicht eingelöst werden, ist der Zahlungsempfänger berechtigt, die ihm hierdurch entstehenden Kosten dem Zahlungspflichtigen in Rechnung zu stellen.

- (8) Innerhalb von 2 Monaten nach Ende des Lieferjahres erhält die DAK-G zum Zwecke der Rechnungskontrolle und Beratung eine Auflistung aller ihrer Abnahmestellen mit Angabe der zugehörigen Energieverbrauchswerte, der Zählerstände (soweit diese vom Netzbetreiber weitergegeben wurden) und der Kosten, sowohl in Papierform als auch in einem von der DAK-G noch festzulegenden Datenformat, z.B. einer Excel-Tabelle. Werden die erforderlichen Daten von den Netzbetreibern nicht rechtzeitig oder unvollständig bereitgestellt, verschiebt sich die 2-monatige Frist der Datenlisten entsprechend. Der Auftragnehmer hat dann innerhalb von 1 Monat nach vollständiger Bereitstellung der Daten durch die Netzbetreiber die Datenlisten zu erstellen.
- (9) Bleiben bei den Rechnungen Meinungsverschiedenheiten, so ist dem Auftragnehmer gleichwohl der ihm unbestritten zustehende Betrag auszuzahlen.
- (10) Alle Zahlungen werden bargeldlos in EURO geleistet.



- (11) Bei Arbeitsgemeinschaften werden Zahlungen mit befreiender Wirkung für die DAK-G an den für die Durchführung des Vertrages bevollmächtigten Vertreter der Arbeitsgemeinschaft oder nach dessen schriftlicher Weisung geleistet. Dies gilt auch nach Auflösung der Arbeitsgemeinschaft.
- (12) Rechnungen sind ausschließlich elektronisch zu übermitteln. Für die Erstellung und den Versand von gesetzeskonformen E-Rechnungen ist die Leitweg-ID der DAK-Gesundheit: 993-80149-15 zu verwenden. Alternativ können Rechnungen im PDF-Format an die Serviceadresse: energie@dak.de gesandt werden. Andere Dateiformate, wie Word, Excel, werden vom System ausgeroutet und können erst verspätet bearbeitet werden. Pro Rechnung ist eine pdf-Datei (ggf. inkl. Erforderlicher Anlagen wie z.B. Belege für Vorverauslagungen von Fremdfirmen o. Ä.) zu generieren. Die E-Mails sollten idealerweise keine eingebetteten Grafiken bzw. sonstigen Dateien (.jpg, .png, .htm, o. Ä.) in der E-Mail-Signatur haben. Diese E-Mails können auch erst verspätet bearbeitet werden.
- (13) Die DAK-Gesundheit behält sich Änderungen im Abrechnungsprozess, insbesondere in technischer Hinsicht, vor. Der Auftragnehmer muss die Änderungen – soweit für ihn wirtschaftlich und prozessual zumutbar- ohne zusätzliche Kosten umsetzen.

### **§ 7 – Abtretung und Aufrechnung**

- (1) Die Abtretung einer Forderung des Auftragnehmers aus diesem Vertrag ist nur mit schriftlicher Zustimmung der DAK-G rechtswirksam. Der Auftragnehmer legt der DAK-G rechtzeitig schriftlich die Abtretungsanzeige vor. Die DAK-G teilt dem Auftragnehmer und dem neuen Gläubiger ihre Entscheidung in angemessener Zeit schriftlich mit.
- (2) Der Auftragnehmer darf nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen gegen Ansprüche der DAK-G aufrechnen. Insbesondere ist eine Aufrechnung mit durch den Auftragnehmer oder seine Mitarbeiter zu zahlenden Sozialversicherungsbeiträgen oder sonstigen Beiträgen ausgeschlossen. Die DAK-G kann alle Forderungen durch schriftliche Erklärung gegen Forderungen des Auftragnehmers aufrechnen.

### **§ 8 – Herausgabeverpflichtung**

- (1) Nach Beendigung des Auftrages hat der Auftragnehmer alle ihm im Zusammenhang mit der Vertragserfüllung seitens der DAK-G zur Verfügung gestellten Unterlagen unentgeltlich auf Verlangen an die DAK-G zurückzugeben. Ferner gibt der Auftragnehmer auf Verlangen sämtliche eigens zur Vertragserfüllung erstellten Arbeitsergebnisse an die DAK-G heraus.
- (2) Sofern und soweit die DAK-G von ihrem Herausgabeanspruch nach Abs. 1 dieses Vertrages keinen Gebrauch macht, wird der Auftragnehmer alle Unterlagen für die Dauer von 3 Jahren aufbewahren. In einer besonderen Vereinbarung kann die datenschutzrechtlich korrekte Vernichtung der Unterlagen durch den Auftragnehmer mit der DAK-Gesundheit schriftlich vereinbart werden.
- (3) Im Falle einer vorzeitigen Beendigung des Vertrages steht dem Auftragnehmer kein Zurückbehaltungsrecht an den Unterlagen und den Arbeitsergebnissen zu.

### **§ 9 – Vertraulichkeit und Datenschutz**

- (1) Die anliegende Datenschutzerklärung (**Verpflichtungserklärung und gesetzliche Bestimmungen**) ist Bestandteil dieses Vertrages.

- (2) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, über den Inhalt dieses Vertrages absolutes Stillschweigen zu bewahren und die im Rahmen dieses Vertrages von der DAK-G zugänglich gemachten Informationen sowie Kenntnisse und Daten, die sie im Zusammenhang mit der Erfüllung des Vertrags erlangt, ausschließlich zum Zwecke dieser Vertragserfüllung zu verwenden, vertraulich zu behandeln und während der Dauer sowie nach Beendigung dieses Vertrages nicht zu anderen Zwecken zu nutzen oder Dritten zugänglich oder bekannt zu machen. Die Vertraulichkeit besteht auch über die Beendigung des Vertrages hinaus.
- (3) Für den Fall, dass der Auftragnehmer aufgrund gesetzlicher Vorschriften oder gerichtlicher Anweisungen verpflichtet ist, vertrauliche Informationen an Dritte weiterzugeben, informiert er die DAK-G davon unverzüglich, damit diese die Möglichkeit hat, rechtliche Schritte gegen die Weitergabeverpflichtung einzuleiten.
- (4) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die für die DAK-G maßgeblichen Bestimmungen der EU-Datenschutzgrundverordnung (DSGVO), dem Bundesdatenschutzgesetz (BDSG), den Sozialgesetzbüchern (SGB), Gesetz zum Schutz von Geschäftsgeheimnissen (GeschGehG) und dem Strafgesetzbuch (StGB) zu beachten, insbesondere
- (a) ihm zur Kenntnis kommende Sozialdaten sowie Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse vertraulich zu behandeln und nur im Rahmen der Auftragserfüllung zu verarbeiten,
  - (b) nur Personal einzusetzen, das schriftlich auf das Sozialgeheimnis gemäß § 35 Sozialgesetzbuch Erstes Buch (SGB I) und auf Vertraulichkeit gemäß § Art. 28 (3) Satz 2 lit. B DS-GVO verpflichtet wurde (**Anlage**),
  - (c) mit der gebotenen Sorgfalt insbesondere durch entsprechende Anweisungen darauf hinzuwirken und durch regelmäßige Kontrollen zu überwachen, dass alle Personen, die von ihm mit der Bearbeitung oder Erfüllung dieses Rahmenvertrags betraut sind, die gesetzlichen Bestimmungen über den Datenschutz einhalten, die Bestimmungen dieses Rahmenvertrages einhalten und die aus dem Bereich der DAK-G erlangten Informationen nicht an Dritte weitergeben oder sonst verwerten,
  - (d) die betroffenen Mitarbeiter über das als **Anlage** „Merkblatt zu maßgeblichen Bestimmungen der EU-Datenschutzgrundverordnung (DSGVO), dem Bundesdatenschutzgesetz (BDSG), den Sozialgesetzbüchern (SGB), Gesetz zum Schutz von Geschäftsgeheimnissen (GeschGehG) und dem Strafgesetzbuch (StGB) sachgerecht zu informieren,
  - (e) dem Stand der Technik angepasste technische Sicherheitsmaßnahmen zu ergreifen (Art. 32 DSGVO).
- (5) Die Vertraulichkeit besteht auch über die Beendigung des Vertrags hinaus.

### § 10 – Gewährleistung und Haftung

- (1) Beide Vertragsparteien haften einander nach den gesetzlichen Bestimmungen, sofern sich aus den nachfolgenden bzw. sonstigen vertraglichen Regelungen nichts anderes ergibt
- (2) Der Auftragnehmer gewährleistet die sorgfältige und fristgerechte Abwicklung der sich aus diesem Vertrag und den einzelnen Arbeitsaufträgen ergebenden Aufgaben. Ein Streitfall berechtigt den Auftragnehmer nicht, die vertraglichen Leistungen einzuschränken oder einzustellen.
- (3) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, auf etwaige rechtliche Risiken der Leistungserbringung hinzuweisen. Unterlässt der Auftragnehmer diese Hinweispflicht, obwohl er das Risiko hätte kennen müssen, trifft ihn ein Mitverschulden an einem aus der Leistungserbringung entstandenen Rechtsverstoß gesetzlicher Bestimmungen.
- (4) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, für die Dauer der Vertragslaufzeit eine Betriebshaftpflichtversicherung mit folgenden Versicherungssummen zu unterhalten:

Vermögensschäden: 1.000.000,00 €

Sach-/Personenschäden: 2.000.000,00 €

Auf Anforderung der DAK-G wird der Auftragnehmer das Bestehen der Versicherung durch die Vorlage einer Bestätigung des Versicherers während der Vertragslaufzeit nachweisen.

- (5) Im Falle einer Unterbrechung oder einer Unregelmäßigkeit in der Elektrizitätsversorgung ist der Auftragnehmer von der Leistungspflicht befreit, soweit es sich um Folgen einer Störung des Netzbetriebs einschließlich des Netzanschlusses handelt. Die DAK-G kann Ansprüche wegen einer Unterbrechung oder bei einer Unregelmäßigkeit gegenüber dem Netzbetreiber geltend machen.
- (6) Vertragsstrafen nach diesem Vertrag werden für jeden einzelnen Verstoß gesondert berechnet und verwirkt. Weitergehende Schadensersatzansprüche der DAK-G bleiben hiervon unberührt. Die gezahlten Vertragsstrafen werden auf einen eventuell weitergehenden Schadensersatzanspruch angerechnet.

Für alle Vertragsstrafen gilt insgesamt eine Maximalhöhe von 5% der Gesamtauftragssumme (netto). D.h. bei Geltendmachung muss der Auftragnehmer insgesamt maximal 5% der Gesamtauftragssumme (netto) zahlen.

### **§ 11 – Force Majeure Klausel und Unterbrechung der Strombelieferung**

- (1) Sollte die Leistungserbringung durch den Auftragnehmer bzw. die Leistungsannahme durch die DAK-G aufgrund von höherer Gewalt bzw. aufgrund von unvorhersehbaren, unabwendbaren und schwerwiegenden Ereignissen unmöglich oder unzumutbar geworden sein oder die DAK-G für die Dauer der Ereignisse keinen Bedarf an einer Leistungserbringung hat, so sind beide Vertragspartner für die Dauer der Ereignisse von der Leistungspflicht befreit. Dies gilt bezüglich der Zahlungspflicht auch für evtl. Fixkosten, Ersatz von Einkommensausfällen und entgangenem Gewinn, es sei denn, die Vertragspartner beschließen schriftlich ein abweichendes Vorgehen.
- (2) Höhere Gewalt ist jedes außerhalb des Einflussbereichs der jeweiligen Vertragspartei liegende Ereignis, durch das sie ganz oder teilweise an der Erfüllung ihrer Verpflichtungen gehindert wird, wie insbesondere Feuerschäden, Überschwemmungen, Streiks, rechtmäßige Aussperrungen, behördliche Verfügungen und Seuchen (Epidemien und Pandemien).
- (3) Der Auftragnehmer bzw. die DAK-G ist verpflichtet, die DAK-G bzw. den Auftragnehmer innerhalb von zehn Arbeitstagen nach Kenntnis des Eintritts der Ereignisse darüber zu informieren.
- (4) Das weitere Vorgehen richtet sich grundsätzlich nach der Dauer dieser Ereignisse. Die Vertragspartner können sich [1] auf [a] eine Vertragsauflösung oder [b] eine Aussetzung der Vertragspflichten für die Dauer der Ereignisse einigen oder [2] die Vertragspartner können eine bestimmte Zeitspanne festsetzen, innerhalb derer die Vertragspflichten ausgesetzt werden, und [3] - wenn das Ereignis über eine bestimmte Zeitspanne hinausläuft - hat jede Partei ein Kündigungsrecht oder [4] der Vertrag wird aufgelöst.
- (5) Grundsätzlich einigen sich die Vertragsparteien bezüglich des weiteren Vorgehens. Sollte keine gemeinsame Lösung gefunden werden, kann die DAK-G entscheiden, wie weiter verfahren werden soll.

### **§ 12 - Compliance-Klausel**

- (1) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, alle maßgeblichen und anwendbaren gesetzlichen Regelungen einzuhalten. Ebenso verpflichtet der Auftragnehmer ihre Nachunternehmer und Unterlieferanten, das geltende Recht entsprechend einzuhalten. Der Auftragnehmer ist weiterhin verpflichtet, dass alle erforderlichen und geeigneten Maßnahmen zur Korruptionsprävention

ergriffen werden. Insbesondere verpflichtet sich der Auftragnehmer, zu keinem Zeitpunkt weder unmittelbar noch mittelbar Zuwendungen oder sonstige Vorteile (z.B. Geld, geldwerte Geschenke oder Einladungen, die keinen überwiegenden geschäftlichen Charakter haben) Mitarbeitenden der DAK-G oder deren Angehörigen anzubieten, zu versprechen oder zu gewähren. Bei Verstoß gegen diese Bestimmungen ist die DAK-G berechtigt, nach vorheriger erfolgloser schriftlicher Abmahnung, alle bestehenden Verträge mit dem Auftragnehmer außerordentlich fristlos zu kündigen. Im Falle eines schwerwiegenden Verstoßes ist eine vorherige Abmahnung nicht erforderlich. Der Auftragnehmer wird die DAK-G von allen Schäden, Verlusten, Zurückhaltung von Zahlungen, Forderungen und Ansprüchen Dritter, die sich aus oder im Zusammenhang mit der Kündigung ergeben, vollumfänglich frei und schadlos halten.

- (2) Zudem hat der Auftragnehmer eine Vertragsstrafe in Höhe von 3 % der Auftragssumme an die DAK-G zu zahlen, wenn und soweit er den Auftrag durch strafbares Handeln erlangt oder zu erlangen versucht hat. Strafbares Handeln sind insbesondere Bestechung, Vorteilsgewährung, wettbewerbsbeschränkende Absprachen und Betrug (§§ 334, 333, 298 und 263 Strafgesetzbuch). Dem Auftragnehmer bleibt der Nachweis eines wesentlich geringeren, der DAK-G der Nachweis eines ungewöhnlich hohen Schadens im Einzelfall vorbehalten. Die vorstehende Vertragsstrafe wird auf den Schadensersatzanspruch nach Abs. 1 angerechnet.
- (3) Die DAK-G hat jederzeit das Recht, compliance-relevante interne Regelungen/Unterlagen des Auftragnehmers (z.B. code of conduct/ Verhaltenskodex oder Richtlinie zur Korruptionsprävention) zur Einsicht und Prüfung einzufordern.

### **§ 13 - „Einkaufsverbot“ gemäß Art. 3i der VERORDNUNG (EU) 833/2014 DES RATES**

- (1) In Art. 3i der betroffenen Verordnung (EU) 833/2014 des Rates der Europäischen Union (zuletzt geändert durch Verordnung 2022/576 vom 08.04.2022) sind nunmehr Restriktionen geschaffen worden, die durch den Auftragnehmer vollumfänglich zwingend einzuhalten sind.
  - Dies betrifft u.a. den Erwerb von bestimmten Gütern im Anhang XXI zur Verordnung aufgelisteten Gütern und Technologien, wenn sie ihren Ursprung in Russland haben oder aus Russland ausgeführt werden.
  - Weiterhin sind nach Art. 3i Abs. 2 auch verschiedene Dienstleistungen/Tätigkeiten im Zusammenhang mit Gütern und Technologien nach Abs. 1 sowie Finanzmittel oder Finanzhilfen im Zusammenhang mit den Gütern und Technologien nach Abs. 1 bzw. damit zusammenhängender Dienstleistungen/Tätigkeiten betroffen.
- (2) Der Auftragnehmer muss daher Art. 3i der Verordnung (EU) 833/2014 des Rates kennen und die Leistungen unter Einhaltung der dortigen Regelungen erbringen. Sein Angebot hat er unter Kenntnis und vollumfänglicher Berücksichtigung der Regelungen von Art. 3i der Verordnung (EU) 833/2014 kalkuliert und abgegeben. Preisanpassungen aus diesem Grund sind daher ausgeschlossen.
- (3) Auf die Übergangsfrist in Art. 3i Abs. 3 bzw. die Ausnahmeregelung in Art. 3i Abs. 4 wird hingewiesen.
- (4) Werden die Leistungen durch den Auftragnehmer unter Verstoß gegen die voranstehenden Verpflichtungen erbracht, besteht ein Recht zur Kündigung ohne Einhaltung einer Frist nach § 15 Abs. 4 Buchstabe f) [„wenn bestehende oder zukünftige Bestimmungen oder Maßnahmen aufsichtsrechtlicher, vergaberechtlicher, haushaltsrechtlicher oder sonstiger gesetzlicher Art der Erfüllung dieses Vertrages entgegenstehen“]. Gleichfalls wird darauf hingewiesen, dass die DAK-G die Verordnung als gesetzliches Verbot nach § 134 BGB mit den daraus resultierenden Rechtsfolgen anstuft.

## **§ 14 - Anti-Diskriminierungsklausel**

Die DAK-Gesundheit legt besonderen Wert auf ein „Gesundes Miteinander“. Daher haben Werte wie Gleichberechtigung und Toleranz einen hohen Stellenwert für die DAK-Gesundheit. Die DAK-Gesundheit verurteilt Diskriminierung in allen ihren Formen, insbesondere Rassismus und Sexismus. Diese Haltung erwartet die DAK-Gesundheit gleichsam von ihren Auftragnehmenden. Vor diesem Hintergrund vereinbaren die Parteien Folgendes:

- (1) Sollte sich eine Vertragspartei oder eine ihrer Mitarbeitenden im Rahmen der mit diesem Vertrag vereinbarten Lieferungen/Leistungen diskriminierend äußern oder verhalten, verpflichtet sich die jeweilige Vertragspartei auf Mitteilung des Vorfalls durch die jeweils andere Vertragspartei hin auf eigene Kosten einen Workshop oder eine Schulung oder eine sonstige vergleichbare Maßnahme mit ihren Mitarbeitenden durchführen zu lassen, die zur Aufklärung über diskriminierendes Verhalten und Wortwahl beiträgt.
- (2) Diskriminierung ist jede auf rassische und ethnische Herkunft, politische Meinungen, religiöse oder Weltanschauliche Überzeugungen, auf Geschlecht- oder Gender- Zugehörigkeit, gesundheitlichem Zustand beruhende Unterscheidung, Ausschließung, Beschränkung oder Bevorzugung, die es zum Ziel oder zur Folge hat, dass ein gleichberechtigtes Anerkennen, Genießen oder Ausüben von Menschenrechten und Grundfreiheiten im politischen, wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen oder jedem sonstigen Bereich des öffentlichen Lebens vereitelt oder beeinträchtigt wird.
- (3) Eine Äußerung im Sinne dieses Vertrages gilt als diskriminierend, wenn sich die/der Betroffene durch sie verletzt oder beleidigt fühlt und ein Bezug zwischen der Äußerung und der in der Ziffer 2 genannten Definition hergestellt werden kann.
- (4) Kommt die jeweilige Vertragspartei der vorstehenden Verpflichtung bzgl. einer der oben genannten Maßnahmen schuldhaft nicht nach oder verhält sich bzw. ihre Mitarbeitenden sich wiederholt diskriminierend, hat die jeweils andere Vertragspartner das Recht, diesen Vertrag außerordentlich aus wichtigem Grund zu kündigen. In besonders schwerwiegenden Fällen besteht ein sofortiges Kündigungsrecht ohne die vorherige Durchführung der oben genannten Maßnahmen. Ein Anspruch auf Vergütung besteht in bei einer Kündigung gemäß dieser Regelung nur für erbrachte Lieferung/Leistungen.

## **§ 15 - Vertragslaufzeit und Kündigung**

- (1) Die Laufzeit dieses Vertrages sowie die Leistungserbringung tritt mit Zuschlagserteilung und spätestens am 01.01.2027, 00:00 Uhr in Kraft.
- (2) Der Lieferzeitraum beginnt grundsätzlich mit dem 01.01.2027, 00:00 Uhr. Der Lieferzeitraum endet für alle Abnahmestellen mit Ablauf des 30.06.2028, 24:00 Uhr, ohne dass es einer gesonderten Kündigung bedarf. Eine stillschweigende Verlängerung des Vertrages findet nicht statt. Die DAK-G kann den Vertrag optional zwei Mal um jeweils ein weiteres Jahr verlängern. Hierfür teilt Sie dem Auftragnehmer bis 6 Monate vor Ende der jeweiligen Vertragslaufzeit mit, von der Option Gebrauch zu machen.
- (3) Der Vertrag kann während der Laufzeit aus wichtigem Grund gekündigt werden. Die Kündigung bedarf der Schriftform. Ein wichtiger Grund liegt insbesondere vor,
  - (a) wenn der Auftragnehmer trotz schriftlicher Aufforderung und Fristsetzung die vereinbarte Leistung nach diesem Vertrag nicht ordnungsgemäß erbringt oder einer wesentlichen vertraglichen Pflicht nicht nachkommt,

- (b) wenn die andere Partei länger als vierzehn Tage in Folge oder innerhalb eines Zeitraums von drei Monaten von ihren vertraglichen Verpflichtungen aufgrund höherer Gewalt befreit war,
  - (c) wenn der Auftragnehmer in seiner Erklärung über Preisabsprachen mit verbundenen Unternehmen (Angebotsschreiben) vorsätzlich oder grob fahrlässig unrichtige Angaben gemacht hat,
  - (d) wenn ein für die Belieferung notwendiger Bilanzkreisvertrag der anderen Partei gekündigt wird und eine nahtlose Abwicklung über einen anderen Bilanzkreisvertrag nicht sichergestellt ist,
  - (e) wenn Gründe für die Eröffnung des Insolvenzverfahrens gegen die andere Partei vorliegen oder die andere Partei einen Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens stellt sowie wenn ein Zwangsvollstreckungsverfahren gegen das gesamte Vermögen der anderen Partei oder eines wesentlichen Teils ihres Vermögens eingeleitet wurde,
  - (f) wenn bestehende oder zukünftige Bestimmungen oder Maßnahmen aufsichtsrechtlicher, vergaberechtlicher, haushaltsrechtlicher oder sonstiger gesetzlicher Art der Erfüllung dieses Vertrages entgegenstehen,
  - (g) wenn ein schwerwiegender Verstoß des Auftragnehmers gegen vertragliche Bestimmungen über die Vertraulichkeit oder den Datenschutz vorliegt.
- (4) Im Falle einer Kündigung enden die beiderseitigen Vertragspflichten mit sofortiger Wirkung. Die kündigende Partei kann in ihrer Kündigungserklärung einen späteren angemessenen Endtermin bestimmen.
- (5) Hat eine Vertragspartei den Eintritt des Kündigungsgrunds zu vertreten, so kann die kündigungsberechtigte Partei Ersatz des ihr dadurch entstandenen Schadens verlangen.
- (6) Kündigungen bedürfen für ihre Wirksamkeit der Schriftform.
- (7) Im Falle der Kündigung steht dem Auftragnehmer nur die aktuell fällige Vergütung zu.

## **§ 16 Auswertungen / Datenmanagement / Kundenportal**

Der Auftragnehmer stellt dem AG ein den Anforderungen der Leistungsbeschreibung entsprechendes Energieportal zur Verfügung. Die Nutzung des Energieportals wird kostenfrei vom Auftragnehmer zur Verfügung gestellt. Es erfolgt eine kostenfreie Einweisung durch den Auftragnehmer. Das Kundenportal wird für die Vertragslaufzeit, sowie für einen Zeitraum von 6 Monaten nach Ende der Vertragslaufzeit bereitgestellt. Eine Rechnungsübermittlung über das Kundenportal ist nicht zulässig. Es gelten die Vereinbarungen zur Rechnungslegung gemäß § 6 in Verbindung mit der Leistungsbeschreibung.

## § 17 - Vertragsbestandteile und Schlussbestimmungen

(1) Vertragsbestandteile sind - bei Widersprüchen - in dem Rang der Reihenfolge ihrer Aufzählung: dieser Vertrag inklusive seiner Anlagen in der bei Angebotsfrist geltenden Fassung des Katalogs „Bieterfragen und Antworten“:

- Anlage Leistungsbeschreibung inkl. Anhänge
- Anlage Preisblatt
- Anlage Verpflichtungserklärung und gesetzliche Bestimmungen
- Anlage Eigenerklärung Pflichten
- Eigenerklärung Grundeignung
- Anlage Eigenerklärung Art. 5k Sanktionen
- Muster Vollmacht
- Stromnetzanschlussverordnung (StromNAV)
- Stromgrundversorgungsverordnung (StromGVV)
- Bürgerliches Gesetzbuch (BGB)

Bedingungen des Auftragnehmers, insbesondere allgemeine Geschäftsbedingungen, werden nicht Vertragsbestandteil und finden daher keine Anwendung.

(2) Nebenabreden, Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrages einschließlich seiner Anlagen bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform. Soweit in diesem Vertrag oder in anderen Vertragsbestandteilen auf ein Schriftformerfordernis abgestellt wird, ist mit Ausnahme von Kündigungsschreiben die Textform im Sinne von § 126b BGB zur Wahrung der Schriftform ausreichend.

(3) Sollte eine Bestimmung des Vertrages ganz oder teilweise unwirksam sein oder werden, so wird die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen dadurch nicht berührt. Die Vertragsparteien wirken darauf hin, die unwirksame Bestimmung durch eine solche Bestimmung zu ersetzen, die dem Sinn und Zweck der unwirksamen Bestimmung wirtschaftlich und in rechtswirksamer Weise am nächsten kommt. Gleiches gilt für etwaige Vertragslücken.

(4) Erfüllungsort im Sinne des Bürgerlichen Gesetzbuchs ist jeweils die in Lieferstellenliste näher bezeichnete Liegenschaft und Verbrauchs-/Abnahmestelle. Gerichtsstand für alle aus dem Vertragsverhältnis erwachsenden Ansprüche und Rechtsstreitigkeiten ist ausschließlich Hamburg.

(5) Veröffentlichungen, Pressearbeit, Werbung und jegliche sonstige Kommunikation über den Vertrag und/oder den Vertragsgegenstand - egal in welcher Form (z.B. Referenzen) oder über welches Medium (z.B. Internet) - dürfen nur nach vorheriger Abstimmung mit der DAK-G und nach schriftlicher Freigabe durch die DAK-G erfolgen. Die namentliche Nennung der DAK-G in Publikationen oder in sonstiger Weise gegenüber Dritten im Zusammenhang mit dieser Vereinbarung ist nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung der DAK-G zulässig. Gleiches gilt für Werbung. Der Auftragnehmer darf den Namen der DAK-G nur nach vorheriger Zustimmung für Werbezwecke benutzen.

## Vertrag

Hamburg, den \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_, den \_\_\_\_\_

**DAK-Gesundheit (DAK-G)**

..... (Auftragnehmer)

\_\_\_\_\_  
Ulrike Wendler\*  
Bereichsleiterin  
Einkauf und Vergabe

\_\_\_\_\_  
Stephan Rothkoegel\*  
Geschäftsführer  
IT- und Infrastrukturmanagement

\*Der Vertrag kommt mit dem Zuschlag zustande und ist daher auch ohne Unterschrift der DAK-G unter diesen Vertrag rechtswirksam.